

Kurzbericht

Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(33. Sitzung am 6. Oktober 2021)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/852](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes und anderer Gesetze**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3764](#)

Der Unterausschuss besprach Verfahrensfragen.

2. a) **Telemedizin in Justizvollzugsanstalten**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3254](#)
- b) **Telemedizin in Justizvollzugsanstalten**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7348](#)

Diese Punkte setzte der Unterausschuss auf Bitten des Vertreters der FDP-Fraktion von der Tagesordnung ab.

3. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 - HG 2022/2023 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9720](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2021 bis 2025**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/9847](#)

Der Unterausschuss behandelte den **Einzelplan 11** - Justizministerium - unter Einbeziehung der Mittelfristigen Planung. Er nahm die **Einbringung** durch einen Vertreter des Justizministeriums entgegen und führte eine **allgemeine Aussprache** sowie die **Einzelberatung** durch. Er schloss seine Haushaltsberatungen und die Beratung über die Mittelfristige Planung ohne Änderungsempfehlungen ab.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

4. **Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im Niedersächsischen Justizvollzug**

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.